

Martin Kunzmann

DGB-Landesvorsitzender

Betriebs- und Personalräteempfang des Wirtschafts- und Arbeitsministeriums

Stuttgart, 16. Oktober 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass dieser Empfang heute in diesem feierlichen Rahmen stattfindet.

Es ist gut und wichtig, dass Sie als Wirtschafts- und Arbeitsministerin die Arbeit der Betriebs- und Personalräte in dieser Form honorieren.

Wir sind hier in der guten Stube der Landesregierung, wo auch Staatsgäste begrüßt werden. Das ehrt uns, und ich möchte mich im Namen der meiner Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedsgewerkschaften und den anwesenden Betriebsräten und Personalräte bedanken.

Die heutige Veranstaltung soll zum Meinungsaustausch dienen, um Politik erlebbar zu machen. Gleichzeitig möchten wir die Chance nutzen, unsere Sicht der Dinge bei Ihnen anzubringen.

Ich will nicht verhehlen, dass wir auf einige Themen eine andere Sichtweise haben als die Landesregierung.

Unsere Kolleginnen und Kollegen stellen sich für den Betriebs- und Personalrat zur Wahl, weil sie die Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten verbessern wollen.

Es ist ihnen ein Herzensanliegen, mehr Gerechtigkeit durchzusetzen und die Demokratie zu stärken.

Denn Demokratie am Arbeitsplatz kann nur mit aktiven Betriebs- und Personalräten gelebt werden.

Ein solches Engagement funktioniert nur mit hohem persönlichen Einsatz und viel Kompetenz. Und es erfordert Streitbarkeit, um mit dem Arbeitgeber oder Dienstherren zu verhandeln. Denn auch die Betriebsräte und Personalräte stehen in einem Abhängigkeitsverhältnis. In vielen Fällen erfordert es sogar sehr viel Mut, sich überhaupt zur Wahl zu stellen.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum Ausgang der Bundestagswahl sagen. Das Wahlergebnis hat uns gezeigt: Viele Menschen sind enttäuscht von dem politischen System. Sie empfinden das Handeln der Politiker als undurchsichtig und von Lobbyismus geleitet. Sie sind enttäuscht, weil sie meinen, ihre Interessen kämen zu kurz. Sie zweifeln an dem Willen der Parteifunktionäre, mehr Gerechtigkeit in unserem Land durchzusetzen.

Das absehbar hohe Abschneiden der AfD zwingt uns alle, genauer hinzuschauen: Aus welchen Motiven heraus wählen Menschen diese Partei? Wie können die anderen Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, diese Menschen für sich zurückgewinnen? Welchen Beitrag müssen die Gewerkschaften leisten, um ein Abdriften – auch ihrer Mitglieder – nach rechts außen zu verhindern? Diese Diskussion müssen wir führen.

Dazu gehört auch, die politische Bildung zu stärken: Angefangen in den Schulen, in der Zivilgesellschaft, aber selbstverständlich auch in den Betrieben.

Deshalb ist es uns so wichtig, dass die Säule politische Bildung im Bildungszeitgesetz erhalten bleibt.

An Sie persönlich, liebe Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, deshalb die Botschaft:

Wenn die Landesregierung das Gesetz verändert,
bewahrheitet es sich wieder, dass die Lobby der
Wirtschaft sich durchsetzt.

Es führt nicht zur Glaubwürdigkeit, wenn bei
Sonntagsreden der Rechtsruck bedauert wird, aber im
Alltag den Phrasendreschern nichts entgegengesetzt wird.

Dies ist ein wichtiger Beitrag, den auch die Arbeitgeber zur
Stärkung unserer Demokratie leisten sollten, aus meiner
Sicht sogar müssen.

Denn ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, seid am Start,
wenn es gilt, demokratische Prozesse und Partizipation zu
fördern und zu leben.

In den Betrieben und Verwaltungen kümmert ihr euch
gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten
um die Sorgen und Anliegen der Beschäftigten.
Ihr kümmert euch, wenn es um Themen wie Arbeitszeit,
Gesundheitsschutz, Gleichstellung oder Vereinbarkeit
geht.

Mit der Digitalisierung und den Strukturwandel kommen
neue Herausforderungen auf uns zu. Wir sind gefordert,
verlässliche Brücken für die Arbeitswelt von morgen zu
bauen.

Wir wollen und werden diese Herausforderung annehmen.
Aber wir wollen beteiligt und eingebunden werden, und
zwar auf Augenhöhe!

Dazu gehört, dass die Politik die Mitbestimmungs- und
Mitwirkungsrechte für Betriebs- und Personalräte der
neuen Zeit anpasst.

Es ist eine Tatsache, dass nach dem heutigen
Betriebsverfassungsgesetz Betriebsräte in vielen
wichtigen Fragen des Veränderungsprozesses nicht
mitbestimmen können. Noch werden sie eingebunden.

Betriebsräte brauchen mehr Einfluss auf die
Arbeitsgestaltung!
Betriebsräte brauchen mehr Einfluss bei Initiativen zur
Standort- und Beschäftigungssicherung!
Betriebsräte brauchen mehr Einfluss, wenn es um Daten-
und Persönlichkeitsschutz für Beschäftigte geht!
Betriebsräte brauchen mehr Einfluss bei Fort- und
Weiterbildungsmaßnahmen!

Das Betriebsverfassungsgesetz muss an die Veränderungen in der Arbeitswelt angepasst werden. Denn zukünftig werden ganze Arbeitsprozesse digitalisiert und von „selbst lernenden“ Systemen gesteuert.

Das betrifft die Industrie genauso wie Dienstleistungen etwa im Gesundheitswesen, in der Finanzbranche und in der öffentlichen Verwaltung.

Ich bin fest überzeugt:
Der Mensch darf sich von der Technik das Heft des Handelns aber nicht wegnehmen lassen.

Hier auch ein offenes Wort an Sie, Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Am vergangenen Freitag war ich von der CDU-Landtagsfraktion zu einer Veranstaltung bei der Firma Festo eingeladen. Thema war die Digitalisierung.

Vieles des Gesagten kann ich unterstützen. Bildung. Mehr Lehrer, gute Ausbildung für Lehrer, Weiterbildung, lebenslanges Lernen, Investitionen in Schulen/Unis, und eine gute Ausstattung

Es wurde viel darüber gesprochen, dass Beschäftigte das wichtigste Gut seien.

Doch leider waren kein Vertreter der Beschäftigten als Redner oder Diskutant eingebunden.

Der Betriebsratsvorsitzende war noch nicht einmal über den Termin informiert, geschweige denn eingeladen. So wird es nichts mit auf Augenhöhe die Zukunft gestalten.

Deshalb dringen die Gewerkschaften so stark auf eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.

Reformbedarf besteht auch aus anderen Gründen: Die Ausweitung von Leiharbeit und Werkverträgen, die Zunahme von Soloselbstständigen und anderen Arbeitsformen führen dazu, dass immer mehr Beschäftigte nicht unter das Betriebsverfassungsgesetz fallen. Auch die zunehmende Internationalisierung erfordert einen neuen Betriebsbegriff – und entsprechende gesetzliche Anpassungen.

Wir wünschen uns, dass die Landesregierung hier aktiv wird.

Bitte setzen Sie sich in Berlin für eine Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes ein.

Gleichzeitig wünschen wir uns, dass Grün-Schwarz für mehr Tarifbindung und Mitbestimmung im Land wirbt.

Die Bundeskanzlerin hat beim Bundeskongress der IG BCE angekündigt, dass sie alles dafür tun werde, um die Tarifbindung zu steigern.

Wir nehmen sie beim Wort.

Deshalb möchte der DGB Baden-Württemberg Ihnen, Frau Ministerin, vorschlagen:

Lassen Sie uns auf Landesebene ein Bündnis für mehr Tarifbindung gründen – gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden.

Wir brauchen einen fairen Wettbewerb und keine Schmutzkonkurrenz.

Denn die Unterbietung findet doch vielfach nicht durch das billigere Ausland statt, sondern hier vor der Haustür.

Ich kenne genügend Betriebe, die sich einen Wettbewerbsvorteil auf Kosten ihrer Belegschaft oder durch Leiharbeit und Werkverträge verschaffen.

Selbst in Baden-Württemberg fällt nur noch etwa die Hälfte der Beschäftigten und ein Fünftel der Betriebe unter einen Tarifvertrag.

Die Zahlen sinken seit Jahren.

Gute und sichere Arbeitsplätze haben wir dort, wo die Beschäftigten unter dem Schutz von Tarifverträgen arbeiten.

Und ich habe noch ein konkretes Anliegen:
Grün-Schwarz will das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz novellieren.

Wir hätten uns gewünscht, dass wir in diese Novellierung frühzeitiger eingebunden worden wären.

Inhaltlich hätten wir es für sinnvoll gehalten, bei öffentlichen Vergaben nicht den bundesgesetzlichen Mindestlohn zum Maßstab zu nehmen –

zum einen gilt der ohnehin, zum anderen sind 8,84 Euro in der Stunde viel zu wenig, um davon im teuren Südwesten leben zu können.

Unser Vorschlag lautet: der landesspezifische Mindestlohn sollte auf die unterste Entgeltgruppe im öffentlichen Dienst angehoben werden. Aktuell sind das 10,46 Euro.

Vergaben an private Anbieter sollten nicht zu schlechteren Konditionen erledigt werden als im öffentlichen Dienst selbst.

Diesen Maßstab sollte auch die Landesregierung anlegen. Nur so kann Baden-Württemberg zum Musterland für gute Arbeit werden.

Dazu gehört auch, dass Mitbestimmung zu einem Kriterium bei öffentlichen Vergaben gemacht wird. Gleiches gilt auch für Fördermaßnahmen des Landes, etwa bei der Innovationsförderung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es ist wissenschaftlich belegt: Betriebsräte steigern die Produktivität eines Unternehmens.

Ganz aktuell haben das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle und das Nürnberger IAB hierzu eine Untersuchung veröffentlicht.

Das Ergebnis: 15 Jahre nach ihrer Gründung steigern Betriebsräte die Produktivität im Schnitt um ein Viertel. Arbeitnehmervertreter/-innen denken eben nicht in Quartalszahlen, sondern langfristig.

Sie sind Treiber für Innovationen, bei denen die Beschäftigten mitgenommen werden.

Häufig warnen sie bereits vor Fehlentwicklungen, wenn die Geschäftsführung diese noch gar nicht wahrgenommen hat.

Sie alle kennen sicherlich Beispiele, in denen Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen, von ihren Arbeitgebern in die Zange genommen werden. Nicht selten wird mit Kündigung gedroht.

Das ist skandalös.

Wer einen Betriebsrat gründet, setzt geltendes Recht um. Er oder sie tut nichts Unbotmäßiges. Im Gegenteil.

Die Arbeitgeber begehen eine Straftat, wenn sie Betriebsratswahlen behindern oder torpedieren.

Sie können sogar zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt werden – so steht es im Gesetz.

Sie haben es in der Hand, sich gesetzestreu zu verhalten.

Wir brauchen endlich Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die diese Delikte verfolgen. Denn es ist höchste Zeit, dass solche Straftaten geahndet werden.

Wir erwarten, dass es in der Landesregierung gegenüber der Behinderung von Betriebsratsgründungen eine Null-Toleranz-Haltung gibt.

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat diese Forderung gerade beim IG-BAU-Kongress formuliert. Und ich möchte sie heute Abend auch in diesem Kreis platzieren.

Demokratie darf nicht am Werkstor enden.
Für ihre Verwirklichung sollten alle Demokratinnen und Demokraten in diesem Land eintreten.
Denn die Demokratie ist eines der höchsten Güter, die wir haben.

Danke für die Aufmerksamkeit.
Ich möchte mich nochmals für die Ausrichtung dieses Empfanges im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen bedanken.